

Ernst Reuter als Kommunalpolitiker 1922 – 1953

Konferenz des Centers for Metropolitan Studies (CMS) der TU Berlin und des Landesarchivs Berlin
Berlin, 23. bis 24. März 2007

Ernst Reuter zählt zu den bedeutendsten deutschen Politikern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, und seine politische Biographie ist wie kaum eine andere von den Umbrüchen dieser Zeit geprägt. Sie sperrt sich, sieht man nur ein wenig genauer hin, eigentlich jedem eingängigen Narrativ. Lebenslauf und politische „Karriere“ Reuters könnten Pierre Bourdieus Warnung vor der „illusion biographique“ als Exempel dienen. Dennoch – vielleicht aber auch deswegen – haben die Medienöffentlichkeit, die öffentliche Erinnerungspraxis, aber auch eine am Narrativ des Kalten Kriegers orientierte historische Forschung ein hochgradig selektives, ja stereotypes Bild des standhaft-pathetischen Berlin-Verteidigers („Völker der Welt ...“) ausgearbeitet und in den Köpfen festgesetzt.

Eine Konferenz des Centers for Metropolitan Studies (CMS) der TU Berlin und des Landesarchivs Berlin (in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Deutschen Städtetag, der BVG, der Checkpoint-Charlie Stiftung Berlin, der Türkischen Botschaft und der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) unternahm nun einen ersten Schritt, das Erinnerungstereotyp „Ernst Reuter“ zu verflüssigen, zu erweitern, und Leistungen dieses Politikers in das heutige politische Bewusstsein zurückzuholen, welche als „Erbe“ für die Bewältigung heutiger Problemlagen von erheblicher Bedeutung sind.

Stark vernachlässigt wurde in der bisherigen Reuter-Biographik die Tatsache, dass dieser in seinem Selbstverständnis wie in seiner Praxis ein Politiker war, dessen Positionen und Visionen, die stets auf die grundlegenden Wandlungsprozesse seiner Zeit ausgerichtet waren, ganz wesentlich in seinen kommunalpolitischen Erfahrungen, seinem kommunalpolitischen Engagement wurzelten.

Das Konferenzprogramm folgte den wichtigsten Stationen des politischen Lebens Ernst Reuters, setzte aber darüber hinaus zwei – weitere, neue Forschungsfelder erschließende – Schwerpunkte: Die Bereiche, Erträge und Folgewirkungen Reuterscher Arbeit in der türkischen Emigration (1934 – 1946) und die Geschichte der Erinnerung an Ernst Reuter, in der SPD, in Berlin, in Deutschland und anderswo.

In der ersten, von *Gerhard A. Ritter* (Berlin/München) moderierten Sektion dieser Konferenz (Stationen: Berlin, Magdeburg, Ankara: Aufrechter Gang und krumme Wege) wurden zunächst in vier Überblicksvorträgen grundlegende Kontexte Reuterschen kommunal-politischen Handelns im Kaiserreich und der Weimarer Republik dargestellt.

David Barclay/Kalamazoo College (Ernst Reuters Tätigkeit als Sowjetkommissar im Wolgagebiet) begann seinen Vortrag mit einer Darstellung der Vorwürfe, die Reuter später, vor allem von Vertretern der neuen Rechten und Nationalsozialisten gemacht wurden: Er sei als Sowjetkommissar für die Erschießung von 200.000 Wolgadeutschen direkt verantwortlich. Es gelang Barclay nachzuzeichnen, dass diese Anschuldigungen sich auf nicht ernst zu nehmende Quellen stützten. Es fänden sich dagegen einige Briefe von Wolgadeutschen und anderen Bekannten aus der russischen Zeit, die bis nach dem Zweiten Weltkrieg ein dankbar freundschaftliches Verhältnis zu Reuter unterhielten. In seinen späteren Äußerungen zu dieser Zeit bekannte sich Reuter selbst stets mit Stolz zu seiner damaligen Tätigkeit. Barclay betonte, dass es für den jungen Reuter

eine unvergleichliche Chance gewesen sei, in so jungen Jahren bereits eine derartige politische Verantwortung zu tragen, und etwas bewirken zu können. Eine noch zu klärende Frage, die Barclay aufwarf, war die nach Gründen und genauer Datierung des Bruchs Reuters mit dem Sozialismus. Barclay schlug als Ansatzpunkt ein Treffen der Komintern 1921 vor, in dessen Folge auch Lenin seinen Ausspruch von der „Sturköpfigkeit“ Reuters formulierte. Interessanterweise führte Reuter nach 1945 selbst noch einmal eine Debatte über seine russische Zeit und seine Leistungen. Zweifel daran hatte damals Wilhelm Pieck geäußert.

Adelheid von Saldern leitete mit einem Vortrag über die „Frühe sozialdemokratische Kommunalpolitik“ die Tagung ein. Für die wilhelminische Zeit stellte sie einerseits das undemokratische kommunale Wahlrecht heraus, nannte andererseits jedoch auch die Einrichtungen auf kommunaler Ebene, in denen Sozialdemokraten und Gewerkschafter mitarbeiten konnten, wie Gewerbegerichte, Einigungsämter, Arbeitsnachweisstellen, Ortskrankenkassen.

Mit Blick auf die Vorkriegs-SPD hob sie hervor, dass es der rechte reformistische Flügel der SPD um Eduard Bernstein war, der sich in Anlehnung an die englische Fabian-Society am meisten für die Kommunalpolitik interessierte. Dieser entwickelte das Konzept des „Munizipalsozialismus“, das auf einer breit angelegten Errichtung kommunaler Betriebe beruhte – eine Konzeption, der damals auch liberale Kommunalbeamte (Kommunalliberalismus) Sympathien entgegenbrachten, vor allem weil dadurch ihr finanzieller Handlungsspielraum erweitert wurde. In der Weimarer Republik kam es hier, mit der Demokratisierung des kommunalen Wahlrechts und der Einführung des Frauenwahlrechts, zu gravierenden Veränderungen. Gerade Frauen hatten die Kommunalarbeit schon im Kaiserreich und erst recht während der Weimarer Republik als Betätigungsfeld entdeckt und genutzt. Die neuen Kräfteverhältnisse in der Weimarer Zeit, insbesondere die Stärkung der SPD und die neuen finanziellen Abhängigkeiten der Kommunen von Land und Reich ließen die Kommunalpolitik zu einem politischen Konfliktfeld hoher Intensität werden.

Diese Konflikte betrafen zum einen den Ausbau einer die Klassengesellschaft integrierenden „sozialen Infrastruktur“ mit hohen Versorgungsstandards „für alle“, zum anderen das von der SPD und Ernst Reuter vertretene Konzept der „Gemeinwirtschaft“, das die munizipalsozialistischen Ideen aus der Vorkriegszeit aktualisierte und konkretisierte. Genossenschaften, selbständig arbeitende gemeinwirtschaftliche Unternehmen (möglichst mit einem starken kommunalen Anteil) sowie Kommunalbetriebe wurden nun entschieden gefördert. Die Kommunalpolitik der 1920er Jahre, die trotz der finanziellen Abhängigkeiten und der wirtschaftlichen Krisen, beachtliche Leistung erbrachte und – wie der von Reuter betriebene Berliner Verkehrsausbau – sichtbare Zeichen der Moderne setzte, wurde durch die wirtschaftsnahen „Bürgerblöcke“ (Vorwurf der „kalten Sozialisierung“) und die Nationalsozialisten schon vor und erst recht dann nach 1933 Schritt für Schritt aus dem Gedächtnis der Bevölkerung verdrängt. Das hinterließ auch Spuren in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik: Die moderne Städtebaupolitik der SPD blieb auch weiterhin eher im Hintergrund des kulturellen Gedächtnisses.

Karl Ditt (IfR Münster) resümierte in seinem Vortrag zu „Munizipalsozialismus und Kommunalwirtschaft in Deutschland, 1900 – 1933“ am Beispiel der Energiewirtschaft zunächst die Argumente, Hoffnungen und Erwartungen, welche die Sozialdemokratie mit dem Munizipalsozialismus verband. Neben größerer finanzieller Unabhängigkeit der Kommunen sollten die städtischen Monopolbetriebe auch eine – im Unterschied zu den Privaten – sichere Grundversorgung aller Stadtbewohner gewährleisten, und zwar zu möglichst niedrigen Preisen. Ditt entfaltete dann aber, am Beispiel der Elektrizitätsversorgung, das Argument, dass die Kommunalwirtschaft langfristig keine Chance hatte, erfolgreich zu sein und damit – wie auch von Reuter angestrebt – zu einer wichtigen Etappe auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus zu werden: Im Kaiserreich hielten sich die Städte zunächst zurück, da noch nicht absehbar war, wie sich die Nachfrage nach Elektrizität entwickeln würde. Als sie dann nachzogen und eigene Kraftwerke bauten, hatten sie es bereits mit einer entwickelten privaten Elektrizitätswirtschaft zu tun.

Zwar nahm die Zahl kommunaler Betriebe kontinuierlich zu, doch scheiterte man letztlich mit dem Anspruch, billiger als die Privatwirtschaft zu produzieren; denn diese war – im Unterschied zu den Stadtwerken – nicht örtlich gebunden und hatte mit ihren Überlandleitungen und riesigen Kraftwerken die weitaus stärkere Position im Preiskampf auf dem Markt. In der Weimarer Republik traten schließlich noch der Staat und die Länder als weitere Konkurrenten sowie eine ungünstige Regelung der Einkommens- und Körperschaftssteuer bremsend hinzu. In diesem Umfeld stießen die städtischen Elektrizitätswerke, die angestrebten Rationalisierungsvorteile verfehlend, schon in der Weimarer Republik an ihre frühen Grenzen.

Detlef Lehnert/FU Berlin (Kommunale Finanzpolitik im Berlin der 20er Jahre) rekonstruierte – im erhellen- den Vergleich mit Wien – den Weg der Metropole Berlin in die Verschuldungskrise der späten 20er, frühen 30er Jahre. Leistungsprobe der Metropole war damals die Bewältigung der Massenprobleme: Wohnungen, Mobilität und Versorgung/Entsorgung, Massenfreizeit und –konsum. Berlin, selbst in Preußen noch nicht als Hauptstadt voll anerkannt, habe sich hier schon 1925, also vor Reuters Aufnahme in den Magistrat, auf einen riskanten Weg der Schuldenpolitik begeben. Risikoträchtig war vor allem die Art der Kredite – kurzfristige, schwebende Kredite mit enorm steigenden Zinssätzen –, nicht so sehr deren Höhe. Im Vergleich mit Wien sah Lehnert nicht so sehr die auch von Ernst Reuter 1929 scharf kritisierte staatliche Kontrolle der Kommunal- finanzien durch Reichsbank und Weimarer Regierungen als wichtigste Ursache der Verschuldungskrise, sondern die etatistische Tradition der deutschen SPD, die die in Berlin mitregierenden Sozialdemokraten tief in Grundstücksankäufe, Wohnungsbauprojekte und städtischen Infrastrukturbau „für alle“, insbesondere in ein zumindest kurz- und mittelfristig Verschuldung förderndes Netz von Kommunalbetrieben eingebunden haben. In Wien hat die Koalition der Sozialdemokraten mit einem starken sozialen Liberalismus, aber in der englischen Tradition des self-government, auf genossenschaftlichen Grundlagen dieselben Standards erreicht, und zwar ohne eine Verschuldungskrise.

Fünf weitere Vorträge dieser Sektion erschlossen dann Stationen und Handlungsfelder Reuterscher Kommunalpolitik in der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus und in der türkischen Emigration.

Felix Escher (TU Berlin/Ernst Reuter und die Gründung der BVG) wies auf, dass Reuter schon 1922 als Abgeordneter der USPD in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die vermutlich „größere Rentabilität und höhere Produktivität“ kommunaler Betriebe als Vorbereitung „größerer Aufgaben“ verstand und damit als nicht-revolutionäre Alternative einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation. Als Verkehrsstadtrat trat er, was allgemein das Ziel eines einheitlichen, alle Systeme des ÖPNV umfassenden kommunalen Verkehrsbetriebs und konkret den Ausbau des U-Bahn-Netzes betraf, in einen laufenden Prozess ein, setzte aber mit dem Konzept der Einheit von Siedlungs- und Verkehrspolitik, in Übereinstimmung mit dem Baustadtrat Martin Wagner, sofort kräftige Akzente. Belastet, ja verhindert wurde dieses Projekt des „rationaleren“, der Privatwirtschaft überlegenen kommunalen Verkehrsbetriebs durch seine Einbindung in staatsabhängige Notstandsmaßnahmen, durch die staatlich verordnete Aussperrung der Städte von den günstigeren ausländischen Kreditmärkten und im Zusammenhang damit durch die extreme Verschuldungskrise Berlins in der großen Depression seit 1929, aber auch durch die zunehmend schärferen Angriffe vor allem der rechten Parteien und Verbände gegen die „kalte Sozialisierung“. 1930 kam das Flaggschiff Reuterscher Verkehrspolitik, der U-Bahn-Bau, schließlich für lange Zeit zum Erliegen.

Matthias Tullner/Magdeburg (Kommunalpolitik unter wachsendem Radikalisierungsdruck. Ernst Reuters Magdeburger Jahre, 1931-1933) rückte Reuters Wechsel nach Magdeburg 1930 in die Perspektive von Kontinuität und Wandel: Wandel beim Umzug von der Metropole in eine Mittelstadt, beim Aufstieg vom Berliner Verkehrsdezernenten zum Magdeburger Oberbürgermeister und damit zum „Chef“. Kontinuität dagegen in seinen Kompetenzfeldern: Sozialpolitik, Wirtschaftsförderung (Mittellandkanal, Messeplatz Magdeburg), Kredit- und Finanzpolitik, und – trotz der Wirtschaftskrise – konkrete, aber zugleich auch visionäre Stadtentwicklungspolitik (das neue Magdeburg sollte von ca. 300 000 auf 800 000 Einwohner wachsen). Zunächst aber ging es um Antworten auf die konkrete Not großer Teile der Bevölkerung, die Eini-

gung seiner am Ort zerstrittenen Partei und die Abwehr radikaler, lügnerischer Angriffe von Rechts (auf seine Wolga-Vergangenheit und sein angebliches Luxusleben). Als bedeutendste Leistung Reuters in dieser kurzen Oberbürgermeister-Phase hob Tullner hervor, dass es diesem mit seiner Sozialpolitik, die sich – bei begrenzten Mitteln – auf die krassesten, augenfälligsten Notlagen konzentrierte (Unterstützung von Langzeitarbeitslosen, Fürsorgeprogramme wie die berühmt gewordene „Winterhilfe“ Magdeburgs, Bau von Selbsthilfesiedlungen, aber auch Kulturprogramme für alle), die Anerkennung der Bevölkerung gewann, das Ansehen seiner Partei in der Stadt stabilisierte und damit dem Nationalsozialismus – wenn auch letztlich vergeblich – Grenzen setzte. Das Magdeburg der DDR hat diese Leistung – durchaus verständlich – konsequent aus dem Gedächtnis der Stadt verdrängt.

Rusen Keles (Universität Ankara), skizzierte in seinem Vortrag „The Contribution of Ernst Reuter to the Culture of Turkish Urbanisation“ die Wirkung und das Fortwirken von Reuters Lehrtätigkeit in der Türkei. 1935 in die Türkei gekommen und dort von 1938 bis 1946 als Professor lehrend, hat Ernst Reuter nicht nur eine ganze Generation von Verwaltungsbeamten geprägt, sondern auch beim Aufbau des später nach ihm benannten „Instituts für Städtstudien“ der Universität Ankara richtungweisende Akzente gesetzt: Zum Zeitpunkt seines Eintreffens befanden sich die Stadtplanung der Türkei, wie die Urbanisierung insgesamt, noch in den Anfängen. Die Kemalisten wollten bei ihrer Modernisierung der Türkei die Städte nach westlichem Vorbild bauen bzw. umbauen. Reuter als Berater des Wirtschaftsministeriums regte an, sich frühzeitig über die angestrebten Parameter dieser Urbanisierung Gedanken zu machen: über das Ausmaß der Verstädterung, über die optimale Größe der Städte (hier warnte er vor den „Millionenstädten“ als Fehlentwicklung), über deren Dichte (hier riet er, viel Raum in den Innenstädten vorzuhalten für kinderfreundliche Grünanlagen) und über das zu erwartende Verkehrsaufkommen. Nur durch gesellschaftliche Kontrolle und politische Lenkung könnten die Negativeffekte des Urbanisierungsprozesses gemindert, seine Vorteile aber genutzt werden.

Reuter blieb auch in der Türkei seinen kommunalpolitischen Idealen treu. Er lehrte die Vorzüge des Munizipalsozialismus, der kommunalen Selbstverwaltung, aber auch die einer weitsichtigen Haushaltsführung (das Wort „Finanzausgleich“ wird in der Türkei noch heute in diesem Kontext verwandt). Keles hob besonders Reuters Empfehlung eines sozialen, genossenschaftlichen bzw. gemeinnützigen, die Mietpreise kontrollierenden Wohnungsbaus hervor sowie dessen Warnung vor Immobilien- und Bodenspekulation. Nur unzureichend seien diese Warnungen von der Politik gehört worden. Dort, wo sie völlig ignoriert wurden, könne man sehen, wovor Reuter einige der türkischen Städte erfolgreich bewahren konnte: vor unkontrolliert wachsenden Betonwüsten.

Cem Dalaman/RBB (Ernst Reuter und die deutsche akademische Emigration in der Türkei, 1933 – 1945) referierte zunächst übergreifend zur Türkei in ihrer Modernisierungsphase als Fluchtland für deutsche Exilanten und konzentrierte sich dann auf die für das Reuterthema zentrale Gruppe der akademischen Emigration. Die Türkei stellte als Fluchtland eine Besonderheit dar: Das Land stand bis 1943 in engen wirtschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reich, gewährte aber allen Flüchtlingen Schutz. Akademiker (insgesamt ca. 900, darunter 84 Professoren) wurden sogar gezielt angeworben und relativ gut bezahlt. Sie mussten dafür aber bestimmte Leistungen erbringen: So wurde vertraglich festgelegt, dass die Hochschullehrer nur auf Türkisch publizieren und unterrichten durften. Außerdem war ihnen jegliche sonstige bezahlte Tätigkeit, wie auch politisches Engagement verboten. Dennoch nahmen diese Bedingungen nach Dalamans Darstellung 326 Lehrkräfte in Kauf, bedeutete es doch die Möglichkeit, im eigenen Beruf weiterarbeiten zu können und darüber hinaus bei den vielen Neugründungen von Instituten mitgestaltend tätig zu werden.

Reuter, der schon seit 1935 als Sachbearbeiter für allgemeine Verkehrs- und Tariff Fragen im türkischen Wirtschaftsministerium beschäftigt war, erhielt 1938 einen Lehrauftrag für Kommunalpolitik an der Hochschule für Politische Wissenschaften in Ankara. Dort bildete er vornehmlich spätere Landräte aus. Parallel dazu schrieb er in – schnell gelernter – türkischer Sprache eine große Zahl von Aufsätzen und Büchern zur

Kommunalwirtschaft und öffentlichem Verkehr. 1939 wurde er beauftragt, an der Universität Ankara ein Institut für Städtewesen auf zu bauen. Diese einflussreichen und renommierten Anstellungen mögen nach Dalamans Darstellung auch der Grund dafür gewesen sein, dass die Familie Reuter, anders als sämtliche anderen deutschen Flüchtlinge (bis auf jüdischstämmige), nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei nicht interniert wurde. Obwohl Reuter die türkische Staatsbürgerschaft trotz wiederholten Angeboten nicht annahm, bezeichnete er die Türkei doch bis zu seinem Tod als „seine zweite Heimat“.

Bernd Nicolai (Universität Bern/Ernst Reuter und Martin Wagner im Spiegel von Emigration und Exil) rekonstruierte auf der Grundlage des Briefwechsels Reuter – Wagner Zustand und Wahrnehmung des Exils sowie die Reflexion über eine künftige Re-Migration. Das Exil wurde von beiden mit Metaphern der Vorläufigkeit als „goldener Käfig“ und „Wartesalon“ beschrieben, der Wert der Arbeit am Ort vor allem von Reuter wiederholt bezweifelt. Bei Reuter findet sich immer wieder das Schwanken zwischen der konkreten Arbeit am Ort und der Entwicklung von Visionen für die Zeit nach NS und Krieg, die Hoffnung auf baldige Wiederkehr in die Heimat und in die vorherige politische wie berufliche Tätigkeit. Auf städtebaulichem Feld bot die Türkei sowohl Reuter wie auch Wagner Möglichkeiten, ihre Vorstellungen zu verwirklichen, aber stets nur in mühsamem Kampf gegen Widerstände im Gastland, und damit durchweg nur in früh gesetzten Grenzen.

In einem zweiten Teil seines Vortrags arbeitete Nicolai dann, konzentriert auf die Frage der Re-Migration, und anhand zweier Idealtypen, des professionellen Stadtplaners (Wagner) und des stadtplanenden Politikers (Reuter), wichtige Persönlichkeitsunterschiede heraus: Wagner imaginierte den Wiederaufbau Berlins euphorisch als großen Wurf aus einer Hand, während Reuter seine durchaus vorhandene stadtplanerische Euphorie politisch mäßigte und eher Schritt für Schritt-Konzeptionen vertrat. Während Reuter auf dieser Grundlage schnell nach Berlin in wichtige Positionen zurückkehrte, wurde Wagner nicht das große Angebot offeriert, das er offensichtlich erwartete. In amerikanischer Wartestellung wurden seine Briefe zunehmend larmoyanter, bis er schließlich den Gedanken an eine Re-Migration ganz aufgab.

Die anschließende, zweite Sektion („Die zweiten Berliner Jahre: Rückkehr, Widerstände und Verausgabung“), moderiert von *Peter Brandt* (Hagen), thematisierte die letzten sechs Jahre Reuterscher Politik, vom Herbst 1946 bis zum Herbst 1953, welche sein Erinnerungsbild bis heute prägen: Konflikte mit und zwischen den Besatzungsmächten, das Scheitern eines einheitlichen Berliner Magistrats und die Orientierungskonflikte in der SPD.

Dorothea Zöbl (TU Berlin/Ein schwieriges Verhältnis. Ernst Reuter und die Besatzungsmächte Berlins) verwies zunächst auf die zentrale Erfahrungsgrundlage Ernst Reuters, die – bei allen Unterschieden und Konflikten im Konkreten – einen tiefgehenden Konsens vor allem mit den amerikanischen Besatzern begründete: die sukzessive, indirekte Machtübernahme der Sowjetunion in den von ihr besetzten Ländern durch sog. „Volksdemokratien“, die West-Berlin als eine auch ihm drohende Zukunft erfuhr und die man auf jeden Fall verhindern wollte („Berlin wird nicht drankommen“). Aus der Emigration zurückgekommen, setzte sich Reuter zunächst, vor allem auf dem Feld der Energieversorgung und der Verkehrsbedienung, energisch, auch mit dem Selbstbewusstsein des politisch unbelasteten Dezernenten und Oberbürgermeisters, für die konkreten Belange der Not leidenden Berliner Bevölkerung ein, nicht selten unter Negation der Befehle der Alliierten Kommandantur. Den Amerikanern war er gleichwohl ein zwar sehr schwieriger, aber letztlich doch zuverlässiger Partner, der sich Schritt für Schritt Respekt erarbeitete.

Klaus Dettmer (LAB/Kampfjahre. Ernst Reuter und der Berliner Magistrat) betonte in seinem Vortrag, dass Ernst Reuter nach seiner Rückkehr aus der Türkei in Berlin Parteien vorfand, die es erst lernen mussten, in Kooperation und Auseinandersetzung mit den Besatzungsmächten zu Sprechern der Bevölkerung zu werden. Gegen Besatzerallmacht setzte er seinen nie in Zweifel gezogenen Glauben an die Kraft der deutschen

städtischen Selbstverwaltung zu eigenständiger politischer Erneuerung. Mit seinen populären RIAS-Vorträgen („Wo uns der Schuh drückt“), seinem Bürgerbüro, dem ersten in Berlin überhaupt, und seinen Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften fand er schnell Kontakt zur Berliner Bevölkerung und im Rückgriff auf die sozialdemokratische Stadtentwicklungspolitik der 20er Jahre, vor allem auf die großen Siedlungs-, Verkehrs- und Versorgungsprojekte, auch grundlegende Ansatzpunkte für den Aufbau eines neuen Berlin.

Das Beharren auf städtischer Selbstverwaltung, sein Kampf gegen die zunehmende Blockade der stadt-parlamentarischen Arbeit, auch seiner Wahl zum Oberbürgermeister, durch Sowjets und KPD brachte ihn, wie die ihn tragende breite bürgerlich-sozialdemokratische Koalition, in einen immer schärferen Gegensatz zur sowjetischen Besatzungsmacht und schließlich – seine gegen den Ost-Magistrat und die Sowjets gerichtete, zunehmend härtere Rhetorik in den Wahlversammlungen lassen sich hier als Indikator lesen – zu der Einsicht, dass das von ihm als stärkste und letzte Klammer des ganzen Berlin aufgefasste gemeinsame Stadtparlament langfristig nicht mehr zu halten war. Die Teilung des Magistrats in einen von den Sowjets dekretierten Ost- und einen von den auf Selbstverwaltung beharrenden Parteien West-Berlins konstituierten West-Magistrat (in einem Studentenwohnheim der TU Berlin) war unvermeidbar geworden.

Siegfried Heimann (FU Berlin) schilderte die „Aufbaujahre. Ernst Reuter und die Führung der SPD 1947 – 1952“. Sein Thema waren die Auseinandersetzungen Reuters mit der Berliner SPD und dem Kreis um Franz Neumann, aber auch mit der Bundes-SPD und ihrem Vorsitzenden Kurt Schumacher. Heimann stellte die Frage, wie es zu erklären sei, dass Reuter, strikt antikommunistisch argumentierend, die DDR konsequent ablehnend, Einzelgänger ohne Hausmacht, von den Sowjets wie von den daheim und damit traditionell gebliebenen Genossen an der Parteibasis gleichermaßen misstrauisch beobachtet, also gegen erhebliche äußere und innere Widerstände, so schnell einen so großen Einfluss auf die SPD gewinnen konnte.

Zur Erklärung führte er an: Reuters durchweg sachlich-faires Auftreten, seine guten persönlichen Beziehungen in nahezu alle politischen Richtungen, seine Exilerfahrungen, die ihm Selbstbewusstsein gaben gegenüber den Besatzungsmächten und seinen Kopf frei gemacht hatten für pragmatische Lösungen und neue politische Wege, schließlich auch seine Sprachkenntnisse und die Einbindung in weit ausgreifende internationale Netzwerke. Dies alles habe ihm diejenige Unabhängigkeit, Prinzipienfestigkeit und Flexibilität in konkreten politischen Entscheidungsprozessen gegeben, die ihn zur Identifikationsfigur für eine sich gerade neu formierende Sozialdemokratie machten, die ihm, Berlin-, Bundes- und Außenpolitiker in einer Person, letztlich seine vielfältigen Kompromisse und seine zum Teil erheblichen Differenzen zu den berlinpolitischen Positionen Franz Neumanns und den bundes- wie europapolitischen Positionen Schumachers (erst recht natürlich Adenauers) nicht übel nahmen.

Eine dritte und letzte Sektion (Visionen und Konzepte), moderiert von *Werner Sewing* (TU Berlin), ergänzte das bisher entworfene Bild Ernst Reuters als eines Politikers, in dessen pragmatischem, auf das Machbare ausgerichtetem Handeln kommunale, nationale und internationale Politikorientierungen eine Einheit bildeten, um eine weitere Facette: seine politisch immer wieder gemäßigte, aber in bestimmten Zeitphasen und in bestimmten Handlungsfeldern auch immer wieder Gewicht gewinnende Neigung zu Visionen.

Wolfgang Hofmann (TU Berlin) sprach zu „Ernst Reuter und der Deutsche Städtetag“. Reuter war zweimal, zunächst von 1924 bis 1933, dann, nach seiner Rückkehr aus der Türkei, noch einmal von 1949 bis zu seinem Tod 1953, Mitglied des Städtetages, in der zweiten Phase als ihr Präsident. In der Weimarer Republik galt es, die Städte in einem werdenden, von der Verfassung vorgreifend versprochenen demokratischen Sozialstaat zu positionieren und mitzuhelfen, mit sozialdemokratischer Leistungsverwaltung dieses Verfassungsversprechen einzulösen. In der zweiten Phase nutzte er das Forum des Städtetags vor allem dazu, West-Berlin als eigenständiges Bundesland fest in der Bundesrepublik, und damit im Westen, zu verankern. In beiden Phasen arbeitete er erfolgreich an einer dichten und produktiven Vernetzung der sozialdemokratischen Bürger-

meister. Wegen seiner Unparteilichkeit, Sachlichkeit und Fairness in der Führung des Städtetages wurde er von allen Parteien hoch geschätzt, ja bewundert.

Heinz Reif (CMS der TU Berlin/Die Reise nach Amerika 1929. Ernst Reuters Amerikabild) interpretierte die Großstadtwahrnehmung Reuters auf der sechswöchigen Reise einer Expertenkommission des Berliner Senats quer durch die USA, insbesondere aber die Begegnung mit New York, als einen Spiegel, in dem er die gegenwärtige wie zukünftige „Weltstadt Berlin“ erkannte, reflektierte und entwarf. Das Ergebnis war, typisch für den Politiker Ernst Reuter, eine Vision des „Neuen Berlin“, die exemplarisch im „Reuter-Wagner-Plan“ (Ludowica Scarpa) des neuen Alexanderplatzes konkret wurde, über die fordistische Sicht des Verkehrs und Städtebaus als Wirtschaftsmaschine aber weit hinaus ging, und zwar mit einer Konzeption, die sozial- und konsumpolitische Ziele, Citybildung, Tertiärisierung, Weltstadtrepräsentation und Weltstadtkonkurrenz zu einer Einheit formte, letztlich jedoch das Konzept einer „Weltstadtentwicklung aus dem Geist des Verkehrs“. Dieses Projekt scheiterte, wie so vieles, an der Verschuldungskrise der Stadt. Aber Reuter war dann ein „passionierter Stadtplaner“ geworden und ist es sein Leben lang geblieben.

Abschließend stellte *Klaus Dettmer* (LAB) erste Ergebnisse einer Recherche zum Berliner Gedenken an Ernst Reuter, eine Topographie Berliner Erinnerungspolitik vor, die von der Bearbeitung des Nachlasses im Landesarchiv, über eine Reihe von Denkmälern und Feiern, Briefmarken und Ernst-Reuter-Plaketten, Namen von Verkehrsplätzen, Schulen und Siedlungen bis hin zum Trauerzug und dem Ehrengrab auf dem Waldfriedhof reichte.

Die Frage, ob und wie weit diese Topographie das Gedächtnis der Berliner, seiner Partei, der Deutschen in Ost und West und der ehemaligen Besatzungsmächte, vor allem der Amerikaner, geprägt hat, wurde in die Schlussdiskussion eingebracht, aus der sich vier dringende Forschungsdesiderate ergaben. Erstens: Die weitere Erforschung der Gründe für den früh „versteinerten“ und in erstaunlichem, erklärungsbedürftigem Maße früh vergessenen Ernst Reuter. Zweitens: Die Konfrontation des Stereotyps „Kalter Krieger“ mit der Tatsache, dass Reuter einer der wenigen deutschen Politiker war, der Russland kannte und dessen Kultur liebte, den aufkommenden Ost-West-Konflikt sehr differenziert sah, gegen starre Russland-Feindbilder damit immun war und eventuell eher als ein Vorläufer der sozialdemokratischen Ostpolitik zu sehen ist denn als Frontmann des Kalten Krieges. Drittens: Der begeisterte, einem linken, eher konsumorientierten Fordismus verpflichtete, erfolgreiche, gegen radikale Planungsvisionen als Politiker aber immune Städtebauer und Stadtplaner Reuter in Weimarer Republik wie Nachkriegszeit. Viertens aber, und nicht zuletzt: Reuters Beiträge zu einer modernen, Schritt für Schritt sich demokratisierenden Türkei, als einflussreiche Kernfigur einer Emigrantengruppe, die uns als Brückenbauer zwischen beiden Nationen früh verloren gegangen und zudem schnell vergessen worden ist.

Wie groß hier Verlust und Erinnerungsbedarf sind, machte nicht zuletzt der öffentliche Abendvortrag von *Edzard Reuter*, Sohn des Politikers, Berliner Ehrenbürger und Teilnehmer der Konferenz, auf einem Abendempfang der Türkischen Botschaft im Hauptgebäude der TU Berlin deutlich: „Jahre in der Türkei – ein lebendiges Erbe?“ Nach einer farbigen, anekdotenreichen, sehr persönlichen Schilderung seiner Jugend und des Familienlebens der Reuters in der Türkei, rückte Edzard Reuter das türkische Exil seines Vaters in heutige politische Zusammenhänge und „prognostizierte“, sein Vater hätte sich, wenn er noch am Leben wäre, vehement für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union eingesetzt. Er begründete dies mit der, von Ernst Reuter hautnah miterlebten Modernisierungs- und Reformbereitschaft in der Türkei.

Dem Bild einer rückständigen, islamisch geprägten Türkei, das in Deutschland vorherrsche, stellte er drei Argumente entgegen: Während in Deutschland lange Debatten über die Rechtschreibreform geführt worden seien, habe die Türkei in ihrer Modernisierungsphase die gewaltige Umstellung weg von der arabischen Schrift in kürzester Zeit gemeistert. Während in deutschen Hochschulen Professorinnen in den meisten Fachdisziplinen noch immer eine Seltenheit seien, habe die Türkei schon lange die Gleichberechtigung

durchgesetzt und schon viel früher als die Bundesrepublik eine Regierungschefin gehabt. Und schließlich sei im Gegensatz zu Deutschland mit seinen starken christlichen Lobbygruppen der Laizismus in der Türkei in der Verfassung verankert und werde auch vehement verteidigt. Am Ende dieses sehr engagierten und anregenden Vortrages entwickelte Reuter schließlich die Vision, dass eines Tages eine türkischstämmige Person das Amt des Berliner Oberbürgermeisters bekleiden möge.

Moritz Feichtinger

Kontakt:

Moritz Feichtinger

Studentische Hilfskraft

TU Berlin: Centrum für Metropolenforschung

Ernst-Reuter-Platz 7

10587 Berlin

Tel.: 030 – 314 28411

Fax: 030 – 314 28403

E-mail: moritz.feichtinger@metropolitanstudies.de

Copyright

Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2007.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Schellingstraße 9, 80799 München

Telefon: 089 – 13 47 29, Fax: 089 – 13 47 39

E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2007, Nr.069

URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2007/069-07.pdf>